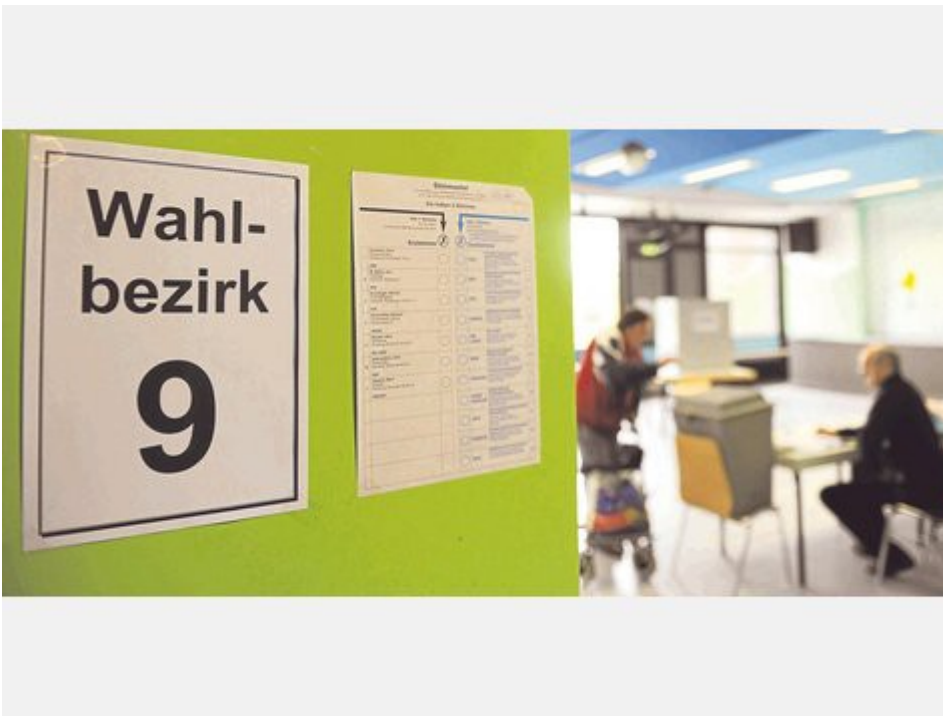


- Artikel publiziert am: 04.09.2013 - 00.29 Uhr
Artikel gedruckt am: 09.09.2013 - 19.24 Uhr
Quelle: <http://www.ovb-online.de/politik/wahl-macht-alten-3092397.html>

Die Wahl-Macht der Alten

Sie sind die größte Gruppe – und gehen fleißiger zur Wahl als alle anderen: Senioren könnten bei den anstehenden Wahlen den Ausschlag geben. Auch sie schauen den Parteien immer kritischer auf die Finger.



© OVB

Die fleißigsten Wähler in Deutschland sind älter als 60 Jahre, sie gehen besonders häufig an die Urne. In Bayern lag ihre Wahlbeteiligung 2008 bei 68 Prozent – zehn Punkte höher als im Schnitt.
foto: Warmuth/dpa

Generation 60 plus

Sie sind die größte Gruppe – und gehen fleißiger zur Wahl als alle anderen: Senioren könnten bei den anstehenden Wahlen den Ausschlag geben. Auch sie schauen den Parteien immer kritischer auf die Finger.

Von Günther Voss und Carina Lechner

München – Bumm. Die Tür ist zu. Katharina Schulze, 28 und Landtagskandidatin der Grünen, steht verduzt davor, im Flur eines Mehrfamilienhauses in München. Verschanzt hat sich eine ältere Dame, bei der die junge Politikerin geklingelt hat: Wahlkampf an der Haustür. Bei vielen kommt das direkte, unangemeldete Gespräch gut an, finden die Grünen. Bei der Seniorin nicht. Klick, klick, klick – jetzt schnappen auch noch drei Sicherheitsschlösser ein.

Was war da los? Schreckte der moderne Wahlkampf-Stil die Frau Mitte 70 ab? Oder wollte sie einfach nicht mit einer von den Grünen reden? Katharina Schulze sagt zu ihrer Abfuhr an der Tür: „Das ist nicht repräsentativ.“ Viele Ältere, gerade Frauen, bitten sie bei der Aktion „Grün klingelt“

herein, interessieren sich für ihre Themen: Altersarmut, Generationengerechtigkeit, der Kampf gegen Großprojekte. Als Schulze Unterschriften gegen die dritte Startbahn am Flughafen sammelte, hätten Seniorinnen an den Infoständen am meisten Interesse gehabt – und oft auch unterschrieben. Nur: Gewählt werden die Grünen von den Jungen und nicht mehr ganz so Jungen. Nicht von den Alten.

Die Statistik des Landeswahlleiters in Bayern zeigt: In der Wählergruppe 60 plus hat die Partei bei der Landtagswahl 2008 mickrige 3,8 Prozent geholt. Zum Vergleich: bei den 18- bis 25-Jährigen waren es 14 Prozent. Die Schere klafft bei den anderen Parteien nicht so deutlich auseinander. Und doch müssen alle Politiker die über 60-Jährigen besonders umwerben – denn die haben bei Wahlen ein enormes Gewicht: Es gibt viele – und sie nehmen ihre Bürgerpflicht, an die Urne zu gehen, schon immer ernster als alle anderen.

Das hat markante Auswirkungen auf die Ergebnisse, sowohl im Land als auch im Bund. Vielen ist der Warnruf von Ex-Bundespräsident Roman Herzog noch in guter Erinnerung: „Ich fürchte, wir sehen gerade die Vorboten einer Rentnerdemokratie: Die Älteren werden immer mehr, und alle Parteien nehmen überproportional Rücksicht auf sie. Das könnte am Ende in die Richtung gehen, dass die Älteren die Jüngeren ausplündern.“ Als Herzog dies im Frühjahr 2008 sagte, hatten Union und SPD gerade eine außerplanmäßige Rentenerhöhung beschlossen – nicht ganz zufällig vor der Bundestagswahl 2009.

Jetzt ist wieder Wahltag, am 15. September für Bayern, eine Woche später für Deutschland. Besondere Wohltaten für die mehr als 20 Millionen Senioren gab's auf Bundesebene diesmal nicht. Im Gegenteil: Die Rentner im Westen mussten sich – anders als die Alterskollegen im Osten – mit einem deutlich unter der Inflationsrate liegenden Mini-Aufschlag von 0,25 Prozent begnügen. Die spannende Frage ist, ob das am Wahlabend vielleicht bei Schwarz-Gelb hängen bleibt, sollten die West-Rentner den Wahlzettel zum Denkkzettel ummünzen. Die CSU, in Bayern bei den über 60-Jährigen eigentlich die mit Abstand stärkste Partei, hat bei der letzten Wahl in der Gruppe massiv verloren: 2003 wählten daraus 65,3 Prozent die Christsozialen, 2008 waren es nur noch 52. Allerdings entsprach das dem insgesamt historisch schlechten Wahlergebnis.

Das Potenzial bei den älteren Wählern ist gigantisch: Die Gruppe der über 60-Jährigen umfasst in Deutschland aktuell etwa 20,8 Millionen Wähler. Das sind 33,7 Prozent der 61,8 Millionen Wahlberechtigten. Die Gruppe der 18- bis 40-Jährigen ist mit 18,1 Millionen dagegen deutlich kleiner. Sie kommt auf einen Anteil von 29,3 Prozent. Drei Millionen Bundesbürger sind darunter, die erstmals ihre Stimme abgeben können.

Die Vormacht der älteren Wähler nutzte bislang vor allem der CSU: In Bayern rekrutiert vor allem sie ihre Stimmen überproportional aus der Gruppe der Älteren. Die Grünen sind in der Hinsicht das genaue Gegenteil. Bei der SPD, den Freien Wählern und der FDP gibt es keine vergleichbare Kluft. Auf Bundesebene sind Wähler über 60 sowohl bei CDU/CSU als auch bei SPD überrepräsentiert. Gut 41 Prozent der SPD-Wähler hatten nach Angaben der Statistiker das 60. Lebensjahr bereits überschritten. Bei der Bundestagswahl 2005 lag diese Quote noch bei knapp 33 Prozent. Auch die CDU heimste zuletzt ihr bestes Ergebnis bei der Generation 60plus (43,8 Prozent) ein.

In den Zahlen spiegelt sich auch der demografische Trend: Seit 1970 sank der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen von 30 Prozent auf unter 19 Prozent im Jahr 2010. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Personen über 59 von 19 auf etwa 26 Prozent. In der Mitgliedschaft der Parteien wird das ebenfalls sichtbar: Bei der Linken sind die Mitglieder im Durchschnitt 60 Jahre alt. Es folgen CDU, CSU und SPD mit jeweils 59 Jahren. Selbst die Grünen sind mit einem Altersschnitt von 48 in die Jahre gekommen. Mit 53 Jahren im Durchschnitt hat die FDP die zweitjüngste Mitgliedschaft.

Mit dem Alter nimmt nicht nur die Lust an einer Parteimitgliedschaft zu – sondern auch die Wahlbeteiligung. Bei der Bundestagswahl 2009 war der Wert unter den 21- bis 4-Jährigen mit 59 Prozent am niedrigsten. Die 60- bis 69-Jährigen waren mit 80 Prozent dagegen die eifrigsten

Urnengänger. „Dadurch wird das Einflusspotenzial der jungen Wahlberechtigten gegenüber den älteren Wählern überproportional geschwächt“, heißt es in der Repräsentativen Wahlstatistik des Bundeswahlleiters.

Sind wir damit auf dem Weg in die von Herzog beschworene „Rentnerdemokratie“? Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen sieht die Gefahr nicht. „Quantitativ zumindest gehört den Älteren zwar die Zukunft. Aber das muss man ja auch in seiner Dynamik sehen. Die Älteren von heute waren auch mal jung. Und die Alten von gestern sterben kontinuierlich weg.“

Auch aus Sicht des Politikwissenschaftlers Achim Goerres „sind wir nicht auf dem Marsch in eine Rentner-Demokratie“, weil „Alter im Sinne von Älterwerden für die Wahlentscheidung keine wichtige Rolle spielt“. Er wundere sich aber immer wieder, „dass Politiker denken, alle Rentner wollten politisch das Gleiche. Das stimmt aber nicht“, sagt er. „Einkommensunterschiede, Vermögensunterschiede, unterschiedliche politische Identitäten: Diese Dinge verschwinden nicht, wenn man in die Rente geht.“

Werden die Senioren dennoch die Wahlen entscheiden? Experte Jung bezweifelt, dass die grauhaarige Generation derart homogene Interessen hat, dass sie als machtvoller Rentner-Block auftritt. „Bei einer so großen Gruppe, die nichts verbindet als das Alter, muss man immer von einer Heterogenität der Interessen ausgehen. Selbst beim Thema Rente und Pensionen gibt es unterschiedliche Interessen zwischen denen, die eine magere oder eine opulente Altersversorgung haben.“ Dass immer mehr Mitglieder der SPD-geprägten Brandt-Generation in die Gruppe der 60plus-Wähler hineinwachsen, ist nach Einschätzung von Wissenschaftler Goerres zwar „gut für Rot und Grün und schlecht für Schwarz“. Dennoch nehme insgesamt „die Bedeutung der generationalen Prägung ab. 60plus-Wähler sind zunehmend auch Wechselwähler.“

Wahlforscher Jung sagt dazu: „Grundsätzlich braucht ein solcher Wandel mehr als vier Jahre, die zwischen zwei Bundestagswahlen liegen. Bisher hat es jedenfalls die Union immer geschafft, dass sie bei den jeweils Älteren deutlich überproportional gut abgeschnitten hat.“ Aber auch schon 1998 habe Kohl die Wahl vor allem bei den Älteren verloren – und damals gab es noch sehr viel mehr Angehörige der Adenauer-Generation.

Für die Politikwissenschaftlerin Bettina Munimus ist klar: „Nur weil man älter wird, wirft man nicht seine politischen Einstellungen und Präferenzen über Bord und wählt konservativ.“ Prägend für das Wahlverhalten sind nach ihrer Einschätzung die Erfahrungen als Erstwähler. „Das hat sich am erfolglosen Abschneiden der ‚Grauen Panther‘ und anderer Rentner-Parteien gezeigt.“ Dennoch: „Parteien jeder Couleur werden der zunehmenden Zahl an Wählern über 60 Jahren besondere Angebote machen müssen.“

Vorstöße der Grünen, die Interessensbalance zwischen Alt und Jung durch Herabsetzung des Wahlrechts von 18 auf 16 Jahre neu auszutarieren, scheiterten bislang. Munimus bedauert das. Diese Maßnahme könne helfen, „dass die Interessen der jungen Generation in politischen Entscheidungsprozessen künftig stärker Berücksichtigung finden“.

Unter den Alten freilich finden sich auch Wahlberechtigte, die zu schwach, zu krank sind, um ihr Kreuzerl selbst zu machen. Oft wird ihnen die Entscheidung illegalerweise abgenommen – zum Beispiel durch Angestellte im Altenheim. Wie die Ex-SPD-Familienministerin Renate Schmidt erst kürzlich im Interview mit unserer Zeitung sagte, gibt es zum Beispiel in Heimen, die die Arbeiterwohlfahrt trägt, „eine ziemlich erdrückende SPD-Mehrheit“. Und in Caritas-Heimen „eine ziemlich erdrückende CSU-Mehrheit“. Immerhin gleicht sich das gegenseitig wieder aus.

Artikel lizenziert durch © ovb-online

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.ovb-online.de>